

SOMMER 2024

KAUFMANN *Aktuell*



PARTEITAG IN ESSEN

CDU und Linksextreme Hand in Hand

Seite 7



VISA-AFFÄRE

Baerbock muss zurücktreten!

Seite 3



RKI-PROTOKOLLE

Keine Pandemie der Ungeimpften

Seite 2

Seit Angela Merkels verhängnisvoller Entscheidung im Jahr 2015 stehen Deutschlands Grenzen weit offen für jeden, der hereinwill. Einen derart wahnwitzigen Umgang mit der Migration leistet sich kein anderes Land auf der Welt. Und die Folgen sind gravierend, ja inzwischen existenzbedrohend.

Forscht man nach, welche hintergründigen Motive alle Altparteien von CDU bis Linke verfolgen, wenn sie diese Invasion durch Millionen Menschen aus fremden Kulturkreisen, von denen nicht wenige unseren Werten und unserer Kultur ausgesprochen feindlich gegenüberstehen, so einfach zuzulassen, gerät man schnell in den Bereich angeblicher Verschwörungstheorien. Klar ist allerdings, dass die UN die sogenannte „replacement migration“ – etwa: „Ersetzungsmigration“ – für Länder mit alternativer Bevölkerung propagiert. Dieses Ziel wurde mit dem UN-Migrationspakt von 2018 umgesetzt. Man muss annehmen, dass dieser Pakt von den deutschen Regierenden ohne jede Rücksicht auf die angestammte Einwohnerschaft exekutiert wird. Klar ist, dass dieses Ausmaß an Einwanderung alles ist, nur nicht „nachhaltig“. Es wird bewusst und in ideologischer Verblendung eine Politik betrieben, die am Ende unser Land zerstören wird, wenn wir dem nicht schnellstens Einhalt gebieten.

Auch die CDU merkt mittlerweile, dass die Stimmung bei den Bürgern gekippt ist und eine breite Mehrheit aus allen Gesellschaftsschichten und politischen Lagern ein radikales Ende der Politik der offenen Grenzen fordert. Darum übernimmt man dort nun offen die Forderungen der AfD. Politiker von CDU und CSU versuchen sich gegenseitig zu übertreffen mit Forderungen zur Eindämmung der unkontrollierten Zuwanderung. Das ist in zweierlei Hinsicht bizarr.

Zum einen will man offenbar aus dem Bewusstsein der Bürger verdrängen, dass es ja gerade die Union war, die die Grenzen ab 2015 sperrangelweit geöffnet und damit

Die tatsächlichen Folgen der Migrationskrise

Warum wir jetzt sofort eine umfassende Remigrationsoffensive brauchen



überhaupt erst die Grundlage gelegt hat für die Katastrophe, vor der wir nun stehen. Zum anderen zieht die Union weiter eine Brandmauer zur AfD hoch, wohl wissend, dass eine Wende in der Migrationspolitik ausschließlich mit uns machbar wäre. Damit entlarvt sich die scheinbare Wende der Union als rein wahltaktisches Manöver, ohne jede ernsthafte Absicht, irgendwas davon umzusetzen.

Wolfgang Büscher, Sprecher der Arche, einem Hilfswerk für Kinder und Jugendliche, wandte sich vor wenigen Tagen mit einem dramatischen Appell an die Öffentlichkeit. Er berichtet, dass das System der Arche mittlerweile „kollabiert“ sei und fordert einen Aufnahmestopp für Asylbewerber. „Und tun wir das nicht“, so Büscher weiter, „wird es zu Unruhen kommen in unserem Land, wie wir es uns heute noch gar nicht vorstellen können.“ Hier hat endlich jemand den Mut, die ganze ungeschminkte Wahrheit zu sagen, wenn auch leider reichlich spät. Was Büscher hier beschreibt, ist

jedoch nur ein Teilaspekt und nicht mehr als die Spitze eines gigantischen Eisbergs. Die Gewaltkriminalität auf Deutschlands Straßen explodiert. Die Täter haben im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weit überdurchschnittlich häufig einen Migrationshintergrund. Nicht integrationswillige, wahrscheinlich nicht einmal integrierbare Talahons machen unsere Straßen und Parks, unsere Züge und Freibäder zu Hoch-Risiko-Zonen,

insbesondere für Frauen und Kinder. Ihr Auftreten wird dabei mit jedem Tag fordernder und aggressiver. Oft scheint dabei eine Mentalität durch, als würde ihnen dieses Land bereits gehören.

Dagegen muss endlich mit allen Mitteln des Rechtsstaats vorgegangen werden. Abgelehnte Asylbewerber und strafällig gewordene Migranten müssen auf dem schnellsten Weg außer Landes geschafft werden. Wer sein Gastrecht

in Deutschland missbraucht, hat sein Gastrecht damit verwirkt. Die Asylverfahren müssen beschleunigt und mit größerer Gründlichkeit durchgeführt werden. Der von Baerbock, Faeser & Co. geförderten illegalen Einwanderung muss umgehend der Stecker gezogen werden, und zwar vollständig. Mangelnde Unterstützung der Herkunftsländer bei der Rücknahme ist dabei keine Ausrede, denn die Regierungen dieser Länder

können durchaus zur Kooperation gezwungen werden, z. B. durch Visa einschränkungen, Einfrieren von Zahlungen oder Sanktionen.

Politik und Medien versuchen jedoch nach wie vor, das Problem kleinzureden. Ehrliche Zahlen und Berichte finden die Bürger fast nur in den alternativen Medien. Dabei malen auch die offiziellen Zahlen ein alarmierendes Bild.

Lesen Sie weiter auf [Seite 2](#)

EDITORIAL

Politikwechsel jetzt!

Sehr geehrte Bürger in den Saalekreisen, in dieser Ausgabe finden Sie viele Gründe für einen Politikwechsel in unserem Land. Viele weitere Gründe werden Sie selbst hinzufügen können, ob es nun um den politikgemachten Wirtschaftsabschwung, die desaströse Bildung, die Belastung durch Migration, die staatliche Gängelung oder schlicht um den

Wunsch nach Frieden geht. Die Alternative für Deutschland steht für diesen Politikwechsel, und deshalb ist die AfD in elf Jahren seit ihrer Gründung zur stärksten Kraft in Thüringen geworden. Sorgen wir für eine andere Politik. Dafür sind Wahlen da. Man muss nur hingehen und sein Kreuz an der richtigen Stelle machen. Wenn Sie eine andere Politik wollen, dann wählen Sie die

Partei, die von den regierenden Parteien am meisten bekämpft wird, von den Medien am meisten verdammt wird, von staatlichen Behörden am meisten verfolgt wird.

Und, liebe Großeltern, nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihren Enkeln. Die wählen uns schon.

Ihr Prof. Michael Kaufmann, Mitglied des Bundestages



Kaufmann on Tour

Vom 21. bis 31. August bin ich mit meinem Team wieder auf Sommer-tour im Wahlkreis unterwegs. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich an einer der Stationen am Infostand besuchen würden.

21.-31. August 2024

Lassen Sie uns reden über die derzeitige Lage und was wir als AfD für Sie tun können, sobald wir in Regierungsverantwortung kommen. Die Termine und Orte, die wir besuchen, finden Sie auf Seite 8



Mehr Infos unter: kaufmann-michael.de

TITELGESCHICHTE

Die tatsächlichen Folgen der Migrationskrise

Fortsetzung von Seite 1



In den großen Städten hat die Zahl der Raubüberfälle auf offener Straße von 2022 auf 2023 um bis zu 166 Prozent zugenommen. In Berlin geschahen 2023 im Schnitt 9 (neun!) solcher Überfälle am Tag (!). Und auch bei anderen Gewaltverbrechen wie Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung explodieren die Zahlen. Täter in viel zu vielen Fällen: Migranten.

Und dann sind da noch die Kosten. Laut Zahlen der Bun-

desagentur für Arbeit haben sich die Zahlungsansprüche nach SGB II von Leistungsberechtigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit (früher Hartz IV, heute Bürgergeld) von 2012 bis 2023 von 6,4 Mrd. auf nun 19,9 Mrd. mehr als verdreifacht. Der Begriff „Bürgergeld“ ist inzwischen irreführend, denn etwa die Hälfte der „Bürgergeld“-Empfänger sind gar keine Bürger Deutschlands, sondern Ausländer. Und dabei geht es nur um diejeni-

gen, die arbeiten könnten, es aber nicht tun. Nach einem Bericht der WELT vom November 2023 beliefen sich die Gesamtkosten im Zusammenhang mit Flucht und Migration in Jahr 2023 auf 48,2 Milliarden Euro, gegenüber 42 Mrd. in 2022. Diese unglaubliche Summe wurde dem deutschen Steuerzahler weggenommen, um sie zum großen Teil an Menschen zu verschenken, die nach Recht und Gesetz gar nicht hier sein

dürften. Es ist eines der großen Rätsel unserer Zeit, warum die meisten Menschen angesichts dieser Fakten weiterhin so ruhig bleiben. Hier wird gerade nicht nur unser Wohlstand, sondern auch der unserer Kinder verschleudert.

Wir brauchen daher dringend eine Remigrationsoffensive. Das ist nicht unmenschlich, wie Links-grüne gerne behaupten, sondern ein Gebot der Menschlichkeit gegenüber den deutschen Bürgern. Die

wollen sich im eigenen Land endlich wieder sicher fühlen und sind nicht bereit, ihr Steuergeld weiterhin für die Kosten ungezügelter Migration auszugeben, während unsere Schulen verrotten, Straßen und Brücken in einem erbärmlichen Zustand sind und Millionen Rentner kaum das Nötigste zum Leben haben.

Die Zeiten, in denen die Alternative für Deutschland als rechtsextrem verteufelt werden konnte, weil wir auf

die Fakten hinweisen und eine Lösung des Problems einfordern, sind endgültig vorbei. Versucht wird es weiterhin. Doch inzwischen merkt eine große Mehrheit der Bürger, dass hier etwas ins Rutschen geraten ist, das eine Bedrohung für uns alle darstellt. Die Debatte ist also in der Mitte der Gesellschaft angekommen und das ist sehr gut so. Die CDU will nun ihre Machtoptionen retten, indem sie die Forderungen der AfD eins zu eins übernimmt. Doch vertrauen Sie nicht auf diese völlig unglaubwürdige Kopie. Nur die AfD ist wirklich entschlossen, bei der Migration wieder Recht und Gesetz zur Anwendung zu bringen. Damit wir uns endlich wieder sicher fühlen können und unser Steuergeld denen zugute kommt, die es erwirtschaften.

Es gab keine Pandemie der Ungeimpften

Und andere Aspekte einer skrupellosen politischen Agenda



Dank eines Informanten aus den Reihen RKI liegen die Protokolle des Corona-Expertenrats beim RKI nun vollständig und ungeschwärzt vor. Die Auswertung der rund 4.000 Seiten dauert noch an, doch schon die ersten Erkenntnisse bestätigen, dass die vielfach diffamierten und brutal bekämpften Coronaprotteste das Recht und die Wahrheit auf ihrer Seite hatten. Eine kleine Auswahl:

Boostern von Kindern

Gleich nach Amtsantritt forderte Gesundheitsminister Karl Lauterbach Mitte Dezember 2021 die Boosterimpfung für Kinder. Das RKI sah das jedoch anders und merkte dazu intern an, dass „dazu keine Empfehlung und teils keine Zulassung besteht“ und erklärt weiter: „Die Aussage, dass vorzeitiges Boostern schädlich sein kann und RKI davon abrät, sollte m. E. offiziell mit BMG und Expertenrat kommuniziert werden“.

Keine Deeskalation

Am 8. Juni 2022 erwog das RKI in der Coronapolitik zu deeskalieren, gab aber zu bedenken, „Minister will nicht deeskalieren“. Der Minister hieß zu diesem Zeitpunkt bereits Lauterbach und wie wir alle uns noch gut erinnern, hat er sich letztlich über die Empfehlung des RKI hinweggesetzt.

Erster Lockdown

Am 22. März 2020 wurde der erste Lockdown über Deutschland verhängt. Das RKI merkt in seinem Protokoll vom 24. März jedoch unter anderem an: „Virologische Ergebnisse legen nahe, dass SARS-CoV-2 nicht breit zirkuliert“. Ergänzt dann aber am 25. März: „Die Trends sollten besser erstmal nicht formuliert werden, da es sonst schwierig sein kann, weitere Maßnahmen zu begründen.“ Entscheidend waren für das RKI demnach keineswegs die wissenschaftlichen Daten, sondern allein die Frage, wie es möglich wäre, „weitere Maßnahmen zu begründen“.

Inzidenzwert

Am 5. Mai 2020 vermerkt das RKI zur Diskussion um den Inzidenzwert von 35: „Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach, besteht das Risiko, dass politische Entscheidungsträger selbst Indikatoren entwickeln und/oder das RKI bei ähnlichen Aufträgen nicht mehr einbindet.“

Das RKI sah sich offenbar unter Druck gesetzt. Das heißt, nicht die Wissenschaft gab den Kurs vor, sondern alles folgte einer politischen Agenda, der das RKI sich zu fügen hatte. Das entbindet das RKI nicht von seiner Schuld. Man hätte gegen diese Vereinnahmung und Nötigung aufbegehrt können. Doch die Köpfe des Verbrechens saßen eindeutig in der Politik.

Regierungshandeln maßgeblich

Laut Protokoll vom 29. Juli 2020 hatte Christian Drosten sich entschieden, ein wissenschaftliches Papier nicht zu

veröffentlichen, weil dessen Inhalt „dem Regierungshandeln widerspricht“. Hier zeigt sich deutlich, welche Prioritäten Drosten in seiner Rolle als Pandemie-Erklärer der Nation setzte.

Keine Pandemie der Ungeimpften

Im Protokoll vom 5. Nov. 2021 betont das RKI, der Begriff „Pandemie der Ungeimpften“ sei „aus fachlicher Sicht nicht korrekt“ und „Gesamtbevölkerung trägt bei“, gibt dann jedoch zu bedenken, „sagt Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewusst, kann eher nicht korrigiert werden.“

Die politische Agenda war entscheidend und in diesem Fall waren die Folgen besonders weitreichend. Durch die Einführung des Begriffs „Pandemie der Ungeimpften“ entwickelte sich ein beispielloses Kesseltreiben gegen jenen Teil der Bevölkerung, der sich nicht impfen lassen wollte. Wir wurden als „Asoziale“, „Sozialschädlinge“ und „Mörder“ be-

schimpft und von einer Meute aus Politik und Medien bis aufs Blut bekämpft. Auf eine Entschuldigung, geschweige denn Wiedergutmachung, für die menschenverachtende Hetze jener Zeit warten wir indes bis heute vergebens. Wir dürfen davon ausgehen, dass die weitere Auswertung der Protokolle zusätzliche Belege dafür zu Tage fördern wird, dass diejenigen, die gegen die Coronadiktatur aufgestanden waren, in allen Punkten richtig lagen. Und wir dürfen gemeinsam stolz auf unsere Standhaftigkeit und Charakterstärke sein. Wir haben über Jahre perfidesten Angriffen auf unsere Integrität und Menschenwürde widerstanden und sind nicht eingeknickt. Bis Redaktionsschluss wurden nun erste Anhaltspunkte bekannt,

dass die geleakten Protokolle womöglich manipuliert wurden und immer noch nicht die ganze Wahrheit abbilden. Es ist noch zu früh für eine abschließende Bewertung dieses Verdachts, aber wir werden die Entwicklung weiter aufmerksam beobachten. Zum Abschluss noch ein Wort an die, die dem Druck nachgegeben haben und sich impfen ließen. Wir sollten anfangen, die Gräben zuzuschütten und uns die Hand zur Versöhnung reichen. Letzten Endes waren wir alle Opfer einer skrupellosen politischen Agenda. Diese Machenschaften und alle Hintergründe müssen nun restlos aufgeklärt und die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Machen wir uns gemeinsam an die Arbeit.



CUM-EX-SKANDAL

Olearius' Herz und Scholz' Gedächtnis

Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, so das Fazit der leitenden Staatsanwältin Anne Brorhilker, nachdem sie ihren Posten als Chefermittlerin im Cum-Ex-Skandal frustriert hingeworfen hatte. Und wie zur Bestätigung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Vorstand der Warburg-Bank, Christian Olearius, kurz darauf eingestellt. Angeblich hat der Mann Herzbeschwerden.

Bundeskanzler Olaf Scholz kam das sicher sehr gelegen. Denn wie kein anderer hätte Olearius ihn in einem Prozess zum Cum-Ex-Skandal schwer belasten können. So aber kann Scholz sich weiter mit dem Verweis auf sein erschreckend schlechtes Gedächtnis aus der Affäre ziehen. Wie naiv muss man eigentlich sein, um zu glauben, dass es hierbei mit rechten Dingen zugegangen ist?

KRIEG IN DER UKRAINE

Europa sitzt auf einem Pulverfass

Seit mehr als zwei Jahren tobt nun in Europa ein Krieg. Ein Krieg, der womöglich hätte verhindert werden können, wenn man den Menschen im Donbass die Möglichkeit gegeben hätte, selbst zu entscheiden, ob sie zur Ukraine oder zu Russland gehören oder autonom sein wollen. Hier hat die internationale Politik aufschreckliche Weise versagt.

Stattdessen hat die deutsche Außenpolitik und

Beginn an auf Eskalation und Kriegsrhetorik gesetzt. „Kriegstüchtigkeit“ und Aufrüstung werden als Tugenden verkauft. Wir verlegen eine ganze Brigade der Bundeswehr nach Litauen, während die Kapazitäten zur eigenen Landesverteidigung weiter ausgehöhlt werden. Man behauptet, das diene unserer nationalen Sicherheit. So wie unsere Freiheit angeblich einmal am Hindukusch verteidigt wurde. Und wir wissen ja,

wie gut das funktioniert hat.

Wie wenig die deutsche Regierung an einer Beendigung des Tötens in der Ukraine interessiert ist, zeigte sich zuletzt an den feindseligen Reaktionen von Baerbock, Scholz & Co. auf Viktor Orbans Friedensmissionen nach Kiew, Moskau, Peking und Washington. Natürlich darf man die Frage stellen, wie wirkungsvoll so ein Alleingang des ungarischen Ministerpräsidenten sein kann. Doch ist anzuerkennen, dass er zumindest versucht, das klägliche Versagen der anderen Europäischen Nationen zu kompensieren, deren Aufgabe es sein müsste, die Kriegsparteien endlich wieder an einen Tisch zu bringen. Wir sitzen in Europa auf einem gigantischen Pulverfass und unser

politisches Spitzenpersonal zündelt an der Lunte. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Denn aller Kriegsrhetorik zum Trotz, das deutsche Volk will mit überwältigender Mehrheit nicht in einen Krieg hineingezogen werden, der sehr schnell zum Ende unserer Zivilisation führen könnte.

Für uns als AfD ist es eine erschütternde Erfahrung mit unseren Vorschlägen und Friedensappellen weitgehend isoliert dazustehen. Die gleichlautenden Lippenbekenntnisse des BSW sind unglaubwürdig, da man dort ausschließlich mit Parteien koalieren will, die darauf drängen, den Krieg weiter anzuhetzen. Deswegen brauchen wir Ihre Unterstützung. Wer Krieg verhindern will, muss AfD wählen.

Baerbock muss zurücktreten!

Vergabe von Visa ist klarer organisierter Rechtsbruch.

Im Februar 2023 wurden erste Vorwürfe laut, dass auf ausdrückliche Anweisung des Außenministeriums in großer Zahl Menschen aus Afghanistan nach Deutschland geholt wurden, die falsche bzw. gar keine Papiere vorlegten oder sogar ein Sicherheitsrisiko darstellen. Exemplarisch für das rechtswidrige Vorgehen der Baerbock-Behörde seien hier zwei Fälle skizziert.

Der angeblich 14-jährige Afghane Mohammad G. wollte per Familiennachzug zu seinem Bruder Khan G. in Deutschland. Die Botschaft in Islamabad hatte jedoch erhebliche Zweifel an dessen

Identität. Doch der Referent im AA, Henning G., erklärte der Botschaft, an der Identität des Antragstellers bestünden „eigentlich keine Zweifel, falscher Pass hin oder her“ und beharrte darauf, er wolle „trotz des falschen Passes an der Weisung zur Visumerteilung festhalten“.

Eine leitende Beamtin in der Botschaft in Islamabad, die wegen dieser Praxis Alarm schlug, wurde von Staatssekretärin Susanne Baumann kaltgestellt, unter anderem, weil sie „zu kooperativ“ gegenüber den bei Visa-Verfahren beratenden Bundespolizisten gewesen sein soll. Mit anderen

Worten, Beamte, die Deutschlands Sicherheitsinteressen ernst nehmen, stören bei Baerbocks Politik der offenen Grenzen nur.

Hochbrisant ist auch der Fall einer siebenköpfigen Familie, bei der die Botschaft in Islamabad den konkreten Verdacht hatte, es könnte sich in Wirklichkeit um pakistanische Agenten handeln. Diesen Bedenken wurden im Außenministerium mit dem Hinweis quittiert, „Der formelhafte Griff zu den bewährten Instrumenten wie der Urkundenüberprüfung ist nicht durchgehend zweckmäßig und muss durchdacht und ergänzt

werden.“ Übersetzt bedeutet das, nicht Recht und Gesetz entscheiden darüber, wer ein Visum für Deutschland bekommt, sondern die Beamten in Baerbocks Ministerium.

Als das alles sogar dem Innenministerium zu viel wurde und dieses zusätzliche Sicherheitsüberprüfungen anordnen wollte, gab Frau Baerbock die Anweisung: „Das sollten wir nicht akzeptieren. Hier hart bleiben ggfs. weiter bis zu Ebene Bundesministerin eskalieren“ und man solle auf das Innenministerium „Druck ausüben“, wenn dieses „blockiert“.

Die Kriminalpolizei geht mittlerweile einer hohen vierstelligen Zahl von Verdachtsfällen nach und gegen mehrere Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes wird durch die Staatsanwaltschaften in Cottbus und Berlin ermittelt. Doch Frau Baerbock schweigt oder behauptet, alles habe seine Ordnung gehabt; auch unseren Fragen im Bundestag weicht sie regelmäßig aus und mauert gegenüber Journalisten, die der Sache auf den Grund



gehen wollen.

Es ergibt sich ein Bild: Das Auswärtige Amt hat organisierten Rechtsbruch betrieben, indem es bei der rechtswidrigen Einwanderung tausender Migranten, teils mit gefälschten Pässen, nicht nur weggeschaut hat – das sind wir ja bereits gewöhnt – sondern aktiv Druck ausübte, um dies zu ermöglichen.

Was muss in diesem Land eigentlich noch alles passieren, ehe Politiker die Konsequenzen dafür tragen

müssen? Diese Regierung setzt sich über alle Regeln unseres Rechtsstaats hinweg und tritt die nationalen Interessen Deutschlands mit Füßen. Dem dürfen die Bürger nicht länger schweigend zusehen. Es ist gut, dass die Staatsanwaltschaften jetzt ermitteln. Doch das reicht nicht. In einer funktionierenden Demokratie kann es nach diesen skandalösen Zuständen nur eine Konsequenz geben: Baerbock muss zurücktreten!

RKI-Strategie Fragen

29.07.2020

a) Allgemein

- ! Textentwurf Christian Drost: Empfehlung für den Herbst, Darstellung der Ideen und Einschätzung (Folien [hier](#))
- o Kontext: Der Artikel ist vertraulich. Hr. Drost hat zwischenzeitlich entschieden, das Papier nicht zu publizieren, da ungezielte Testung im Text als nicht sinnvoll betrachtet wird und dies dem Regierungshandeln widerspricht.

ROBERT KOCH INSTITUT Krisenstab Protokolle, diverse Tage (Auszug: @SHomburg)

22.04.2020: Papier [Testen, testen, testen] kommt von Jens Spahn, Arbeitsebene wurde vorab nicht stark eingebunden

26.06.2020: Email Spahn: „Falls wir das Risiko in Deutschland auf moderat setzen, müssten wir dann nicht auch die Maskenpflicht einbeziehen?“

29.06.2020: Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BMG: bis 1.Juli wird daran nichts geändert.

31.08.2020: Von Minister Spahn kam die Idee die virologische Surveillance mittels Schnelltests von Abbott stark ausbauen. Dies erscheint nicht sinnvoll.

ROBERT KOCH INSTITUT Krisenstab Protokoll vom 24.03.2020 (Auszug: @SHomburg)

- Gestern 1 positive Probe von 40. Virologische Ergebnisse legen nahe, dass SARS-CoV-2 nicht breit zirkuliert
- Virologische Surveillance AGI übermittelt dem Eindruck, dass es keine relevante SARS-CoV-2 Zirkulation gibt
- Viele Labore melden aufgestockte Testkapazitäten
- Testkapazität sollte nicht nach außen kommuniziert werden
- 25.03.2020: Die Trends sollten besser erstmal nicht formuliert werden, da es sonst schwierig sein kann weitere Maßnahmen zu begründen.

Im Zweifel für Trump

Vor allem aber souverän deutsche Interessen vertreten

In den letzten Wochen haben sich die Nachrichten von jenseits des Atlantiks geradezu überschlagen.

Joe Biden bestätigt in einem TV-Duell unwiderleglich, dass er mental nicht mehr in der Verfassung ist, die man vom Führer einer Weltmacht erwarten muss. Sein Stottern und Stammeln waren geradezu mitleiderregend und man fragt sich, wer eigentlich die präsidiale Macht ausübt.

Dementsprechend schossen Donald Trumps Umfragewerte in die Höhe und parallel

dazu die Hysterie im linken Lager. Ein unscheinbarer junger Mann – so die offizielle Version – fühlte sich daraufhin berufen, Trump kurzerhand zu erschießen. Das Attentat überlebte Trump nur durch einen unglaublich glücklichen Zufall. Doch die Entschlossenheit und Geistesgegenwart mit der Trump sich, ehe er in Sicherheit gebracht wurde, mit Blut im Gesicht zu seinen Anhängern umwandte, um ihnen mit gereckter Faust zuzurufen: „Kämpft, kämpft, kämpft, kämpft“, hat auf das Land gro-

ßen Eindruck gemacht und wurde von zahlreichen Kommentatoren bereits jetzt als wahlentscheidend gewertet. Das Foto dieser Szene wird jedenfalls als eine der ikonischen Aufnahmen in die Geschichte eingehen.

Nach einer sehr kurzen Phase der verbalen Mäßigung wird der Kampf um das Weiße Haus längst wieder mit härtesten Bandagen geführt, mit der Folge, dass die Direktorin des Secret Service ihren Rücktritt erklärte, Joe Biden seine Präsidentschaftskandidatur zurückgezogen hat und Kamala Harris nun die neue Galionsfigur der Demokra-

ten ist. Ich persönlich halte Donald Trump für den besseren Verhandlungspartner für Deutschland. Trump ist ein Dealmaker. Sein Bestseller von 1987 „The Art of the Deal“ ist

heute noch Lehrbuch in vielen Ökonomiekursen an amerikanischen Universitäten. Und gegenüber einem Geschäftsmann, der klar amerikanische Interessen vertritt, kann man

auch klar deutsche Interessen vertreten und einen Deal zum beiderseitigen Vorteil aushandeln.

Die Schicksalsfrage, zu der viele Politiker und Kommentatoren in Deutschland die Frage Trump oder Harris überhöhen, sehe ich aber nicht. Für uns Deutsche kommt es vor allem darauf an, wieder die volle Souveränität über unsere nationalen Entscheidungen zu erlangen und zuallererst Politik für die eigenen Bürger zu machen. Aus einer Position der Stärke und Stabilität heraus müssen wir im Rahmen unserer Bündnisse unser Geschick selbst gestalten und dürfen uns nicht davon abhängig machen, welchen Weg die USA einschlagen. Auch dafür stehe ich zusammen mit meinen Kollegen in der AfD-Fraktion.



Das Bild ging um die Welt: Nach dem Attentatsversuch auf Trump hebt er Sekunden später die Faust und ruft: FIGHT, FIGHT!

Foto: Ausschnitt der internationalen Presse (Dokument)

ZUM VERBOT DES MAGAZINS COMPACT

Presse- und Meinungsfreiheit unter Beschuss

Deutschland erlebt seit Jahren einen Sturmlauf der Regierung gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Es begann mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das nun auf europäischer Ebene durch den Digital Service Act (DSA) zu einem Instrument totaler Überwachung und Zensur ausgebaut wurde. Zur Rechtfertigung der nachrichtendienstlichen Überwachung unbescholtener Bürger

führte der Verfassungsschutz dann das Konstrukt einer „Delegitimierung des Staates“ ein. Wegen ihrer politischen Meinung erleben immer mehr Bürger Nachteile im Arbeitsleben. Und diese Entwicklung scheint noch lange nicht zu Ende zu sein. Erst kürzlich forderte der MDR-Mitarbeiter René Martens öffentlich, das Wort „Meinungsfreiheit“ zum Unwort des Jahres zu erklären. Und ZDF-Redakteur Theo Koll vertrat in einer Talkshow die Auffassung, „es sei ein Feh-

ler gewesen, in den Sozialen Medien Meinungsfreiheit zuzulassen“. Die linke Blase sieht ihre Deutungshoheit bedroht und rüttelt darum an den Grundfesten unserer Verfassung. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung war das Verbot des Magazins Compact durch Innenministerin Nancy Faeser am 16. Juli 2024. Mit einem Federstrich erklärte sie kurzerhand eine GmbH zum Verein, weil nur über das Vereinsrecht ein solches Verbot

überhaupt durchsetzbar ist. Was sie dabei bewusst ignoriert, als Presseorgan steht auch Compact unter dem besonderen Schutz von Art. 5 Grundgesetz. Zur rechtlichen Legitimierung bediente sie sich eines Einzelrichters am VG Frankfurt/Oder, obwohl eine solche Einzelrichterentscheidung laut Gesetz nur in Frage kommt, wenn „... die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat ...“ (§6 VGO). Das Verbot eines Pres-

seorgans, das bisher nie wegen einer Straftat verurteilt wurde, ist aber sehr wohl von ausgesprochen grundsätzlicher Bedeutung. Denn wenn dieses Vorgehen Schule macht und Faesers Entscheidung Bestand haben sollte, dann kann es in Zukunft jeden treffen, dessen Pressearbeit der Regierung unangenehm wird. Das sollten auch all jene Journalisten bedenken, die Faesers selbstherrliche Entscheidung bejubeln. Man muss mit Compact wirklich nicht immer einer Meinung sein, aber es gehört zu den Kernbestandteilen einer freiheitlichen Demokratie, dass unterhalb der Strafbarkeitsgrenze jeder seine Meinung frei äußern kann. Das gilt

umso mehr für Presseorgane. Das Bundesverfassungsgericht stellt ausdrücklich fest: „Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates ...“

Hätte Jürgen Elsässer sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht, dann böten Presse- und Strafrecht ausreichende Möglichkeiten, das zu sanktionieren. Genau das ist aber nie geschehen. Darum kann ich allen Demokraten nur zurufen: Wehret den Anfängen. Die Verteidigung von Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit darf nicht davon abhängig sein, ob einem ein Medium sympathisch ist oder nicht.

Ein Hühnerstall für den Klimaschutz

Umweltministerium duldet Betrug in Milliardenhöhe

Die Mineralölindustrie ist gesetzlich verpflichtet, ihren Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen zu leisten. Diese Forderung können Mineralölkonzerne u. a. durch sogenannte „Upstream Emission Reductions“ (UER) erfüllen. Das sind Zertifikate, mit denen nachgewiesen werden soll, dass man Klimaschutzprojekte bei der Öl- und Gasförderung im Ausland finanziert. Die Kosten dafür zahlen wir alle, denn diese werden auf die Verbraucherpreise umgeschlagen.

Doch so richtig kontrolliert wurde das offenbar nie. Und so wurden beim Umweltbundesamt (UBA) massenhaft UERs eingereicht für Projekte, die gar nicht existieren. Von rund 70 angeblichen Projekten allein in China stehen mehr als 60 im Verdacht, in betrügerischer Absicht ab-

gerechnet worden zu sein. Bei einigen steht dies unzweifelhaft fest. Darunter ein Projekt, das mit 80 Millionen Euro gefördert wurde und an dessen Koordinaten sich nur ein alter Hühnerstall befindet. Es gibt andere Projekte, die in der Wirklichkeit nur aus nackter Wüste bestehen.

Eine einfache Überprüfung der Koordinaten mit Google Maps hätte dem Umweltbundesamt zeigen können, wie die Verhältnisse vor Ort wirklich sind. Doch daran bestand offenbar kein Interesse. Recherchen haben ergeben, dass der deutsche Branchenverband „Hauptstadtbüro Bioenergie“ schon seit langem das Umweltbundesamt und das Ministerium mit diesem Verdacht konfrontierte. Doch dort wurde man erst tätig, als das Thema im Mai in den Medien hochkochte. Nun behauptet man beim

UBA, zumindest 30 dieser Projekte „intensiv geprüft“ zu haben. Doch in der Mineralölbranche weiß man davon nichts. So betonte Shell nur zwei Tage nach dieser Verlautbarung, „Wir wurden zu keinem der UER-Projekte, bei denen wir als Lead Partner auftreten, von der DEHSt bzw. dem UBA im Rahmen dieser Nachprüfungen angefragt.“

Der Gesamtschaden durch UERs für Klimaschutzprojekte, die gar nicht existieren, wird von Fachleuten auf bis zu 4,5 Milliarden Euro geschätzt. Eine enorme Summe, die von uns Bürgern an den Tankstellen bezahlt wurde. Und selbst jetzt, wo der Betrug als gesichert angesehen werden kann, reagiert das Umweltministerium nur äußerst zaghaft. Es können nach wie vor zweifelhafte Zertifikate eingereicht werden und irgendwann will man nun eine Delegation nach China schicken, um die Vorwürfe vor Ort zu prüfen – so die Chinesen dafür überhaupt die Erlaubnis erteilen.

Umweltministerin Lemke scheint es demnach völlig egal zu sein, ob der deutsche Bürger um Milliarden betrogen wird und für einen „Klima-

schutz“ bezahlt, der überhaupt nicht stattfindet. Das zeigt, wie wenig es dort tatsächlich um das Klima geht. Solange grüne Symbolpolitik betrieben werden kann und der Bürger dafür zur Kasse gebeten wird, scheint die Welt von Frau Lemke in Ordnung zu sein.

Höchste Zeit dem einen Riegel vorzuschieben. Doch diese Regierung geht mit bemerkenswerter Kaltschnäuzigkeit über jeden Skandal hinweg und klammert sich trotz maximaler Inkompetenz an die Macht. Es gibt nur einen Weg dieses unwürdige Polit-schauspiel zu beenden. Der Souverän, das deutsche Volk, muss den Deutschlandzerstörern die rote Karte zeigen.

Ich kann Ihnen jedenfalls versprechen, dass die Sümpfe grüner „Klimapolitik“ in einer Regierung mit AfD-Beteiligung trockengelegt werden – und zwar umgehend. Statt das Geld der Steuerzahler in alle Welt zu verschenken, müssen wir uns endlich wieder darauf konzentrieren, die heimische Wirtschaft zu stärken, ehe die Deindustrialisierung einen Punkt erreicht, der nicht mehr umkehrbar ist. Denken Sie bitte daran, bei jeder Wahlentscheidung.

MEINUNG AUS DER WIRTSCHAFT

AfD Gefahr für die Wirtschaft? Das sagen nur Amateure

Bei einer Podiumsdiskussion des Wirtschaftsbeirat Bayern wurde der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Börse AG, Dr. Theodor Weimer, gefragt, was er von der Behauptung halte, dass die AfD schlecht für den Wirtschaftsstandort Deutschland sei. Die Antwort Dr. Weimers lässt aufhorchen. „Für uns Profis ist es kein Thema, dass es da Rechtspopulisten gibt. Wir gucken da tiefer.“

Mit anderen Worten, diejenigen, die diesen unnötigen Vorwurf erheben

sind nur Amateure. Und wer wollte da widersprechen bei einem Rundblick über unser politisches „Spitzenpersonal“ von Habeck über Baerbock bis Faeser. Gut, das mit den „Rechtspopulisten“ klingt jetzt nicht so nett. Aber andererseits, was heißt das denn? Rechts bedeutet konservativ. Und Populismus kommt von lateinisch populus und bedeutet Volk. Damit kann man „Rechtspopulisten“ auch als konservative und volksnahe Politiker verstehen. Und damit kann ich mich schon wieder sehr gut identifizieren.

In den Medien wird von einer **Pandemie der Ungeimpften** gesprochen. **Aus fachlicher Sicht nicht korrekt.** Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in Kommunikation aufgegriffen werden?

- Von Seiten der BZGA gibt keine Entwarnung, AHA+L Regeln werden wieder stärker in den Fokus genommen.
- Dient als Appell an alle, die nicht geimpft sind, sich impfen zu lassen. **RKI-Leak vom 05.11.2021**
- **Sagt Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewusst, kann eher nicht korrigiert werden.**

ROBERT KOCH INSTITUT Krisenstab Protokolle, 05.05.2020 (Auszug: @SHomburg)

- CDs-Schalte Schwellenwert Inzidenz 35/100.000 Einwohner?
- einzelner Schwellenwert wenig zielführend
- Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach, besteht das Risiko, dass politische Entscheidungsträger selbst Indikatoren entwickeln und/oder das RKI bei ähnlichen Aufträgen nicht mehr einbindet.

Herr Habeck, wir haben da ein paar Fragen...

Der Untersuchungsausschuss „Atom-ausstieg“ nimmt seine Arbeit auf

Wir erinnern uns: zum 1. April 2023 hatte die Ampelregierung den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen. Mitten in einer Energiekrise, in der die Strompreise durch die Decke schossen, hat man ohne jede Not auf einen kostengünstigen Energieträger verzichtet und damit das energiepolitische Dilemma Deutschlands weiter verschärft.

Doch schon damals regte sich heftiger Widerstand aus Fachkreisen und der Öffentlichkeit. Vor allem die Aussagen aus den Ministerien von Habeck und Lemke, dass eine „fachliche Prüfung“ ergeben habe, dass ein Weiterbetrieb der verbliebenen drei AKW technisch nicht möglich sei, wurden von Beginn an angezweifelt.

Der Cicero wollte es ge-

nauer wissen und hatte sich vor Gericht Einsicht in die Dokumente, die zu dieser Entscheidung geführt haben, erstritten. Dass Habeck sich bis zuletzt sträubte, die Dokumente herauszugeben, zeigt, dass es hier etwas zu verbergen gab. Und dieser Verdacht hat sich bestätigt. Korrespondenz und Aktennotizen aus den Ministerien belegen, dass fachliche Stellungnahmen, die



dem gewünschten Ergebnis „Atom-ausstieg“ zuwiderliefen, ignoriert und unterdrückt wurden.

Damit haben Habeck und Lemke nicht nur der Sicherheit der Energieversorgung und den deutschen Stromkunden geschadet, sondern sind zudem als Lügner entlarvt worden. Doch die Minister

beharren weiter bockbeinig darauf, dass bei dem Atom-ausstieg alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Darum hat die Opposition im Deutschen Bundestag nun, auch mit den Stimmen der AfD, einen Untersuchungsausschuss beantragt, der die höchst zweifelhaften Umstände des Atom-ausstiegs genauer unter die Lupe nehmen soll. Am 4. Juli hatte dieser seine konstituierende Sitzung und wird gleich nach der Sommerpause seine Arbeit aufnehmen.

Für die Alternative für Deutschland wurde ich als

stellvertretendes Mitglied in den U-Ausschuss entsandt. Gemeinsam mit meinem Kollegen Andreas Bleck werde ich dafür kämpfen, die Mächtschaften im Wirtschafts- und Umweltministerium ans Licht zu bringen. Selbstherrliche Alleingänge ideologisch verbohrt Minister dürfen in einer funktionierenden Demokratie keinen Platz haben. Vor allem aber haben die Bürger einen Anspruch auf eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Dem haben Habeck und Lemke massiv geschadet. Nun ist es Zeit für eine Abrechnung.



Nochmal 5 Jahre von der Leyen

Das nimmt kein gutes Ende für Europa

Am 18. Juli wurde Ursula von der Leyen erneut zur Kommissionspräsidentin der Europäischen Union gewählt. Das ist ein katastrophales Signal. Gegen

von der Leyen laufen mehrere Ermittlungsverfahren wegen ihrer undurchsichtigen Deals mit dem Pharmariesen Pfizer. Sie ist eine der treibenden Kräfte hinter Europas immer stärkerer

Verstrickung in den Krieg in der Ukraine. Und sie ist eine erklärte Gegnerin der Meinungsfreiheit, die beim WEF-Forum 2024 erklärt hat: „Nicht Konflikte oder Klimafragen werden

die größte Herausforderung sein, sondern Desinformation und Falschinformation.“ Dabei verwendete Sie den Begriff „Infodemie“, der laut WHO-Pandemievertrag nicht nur Desinformation und Missinformation, sondern auch „zu viel Information“ umfasst.

Und was unerwünschte Information ist, die bekämpft werden muss, entscheiden

dann natürlich allein von der Leyen und ihre Gesinnungsgenossen. Der Digital Service Act schafft die Grundlage dafür. Diese Kommissionspräsidentin ist eine Gefahr für den Frieden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die AfD-Delegation im EU-Parlament wird an jedem einzelnen Tag ihr entschiedenster Gegner sein.

BESUCHEN SIE MICH IN BERLIN
Bundespressefahrt 2024
16. - 18. Dezember

Anmeldung unter:
kontakt@kaufmann-michael.de

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

afd

Berlin und Parlament hautnah

Ich freue mich, Ihnen wieder zwei Termine für eine Reise nach Berlin anbieten zu können. Jeweils 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis lade ich zu mir nach Berlin ein. Besuchen Sie mich und machen

Sie sich selbst ein Bild von der parlamentarischen Arbeit. Neben einem umfangreichen Informationsprogramm mit Besichtigung der Orte, an denen unsere Gesetze vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, bleibt auch

genügend Zeit für die anderen Sehenswürdigkeiten Berlins. Die Kosten für Fahrt, Unterkunft und das Programm vor Ort übernimmt der Deutsche Bundestag. Seien Sie also einmal für drei Tage Gäste ihres Bundestagsabgeordneten.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen. Ihr Michael Kaufmann

Anmeldung unter:
kontakt@kaufmann-michael.de oder telefonisch unter: 0176 - 55 777 160

Kaufmann aktuell in jeden Briefkasten



Noch erhält nicht jeder Haushalt in den Saale-Kreisen regelmäßig die Kaufmann aktuell.

Das möchten wir gerne ändern und suchen tatkräftige Helfer, die dreimal im Jahr 100, 200 oder auch 500 Exemplare in ihrer Nachbarschaft verteilen möchten. Interessiert? Dann senden Sie bitte eine E-Mail an:

kontakt@kaufmann-michael.de

Mitmacher gesucht

Kaufmann im Kreistag

AfD-Fraktionen in den Kreistagen gehen mit Elan an die Arbeit

Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai in Thüringen haben die Wähler der Alternative für Deutschland einen Zuwachs von mehr als acht Prozent verschafft. Alle anderen großen Parteien, insbesondere die der rot-rot-grünen Landesregierung haben verloren. In vielen Städten und Gemeinden ist die AfD nun erstmals in den Kom-

munalparlamenten vertreten. Das sind gute Voraussetzungen, um auch auf Kommunalebene unsere politischen Inhalte für die Bürger umzusetzen.

Ich selbst bin in den Kreistag des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt gewählt worden. Es ist mir eine Ehre, mich nun auch hier vor Ort für die Anliegen der Bürger einzusetzen und ich bin mir der Verantwortung

vollaufbewusst. Jetzt machen wir uns an die Arbeit. Am 19. Juni 2024 konstituierte sich der Kreistag, am 6. August werden die Ausschüsse besetzt, und dann geht es richtig los.

Alle sind hoch motiviert. Als Mitglied des Haushaltsausschusses im Bundestag freue ich mich besonders darauf, die Finanzen des Landkrei-

ses kritisch und konstruktiv mitzugestalten. Besonderes Augenmerk werde ich dabei auf Verbindungen zwischen dem Kreis- und dem Bundeshaushalt legen, beispielsweise bei der Finanzierung der Migration oder beim Ausbau der Infrastruktur. Gemeinsam mit meinen AfD-Kollegen in den Kreistagen Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis und Saalfeld/Rudolstadt bedanke ich mich für das Vertrauen unserer Wähler und verspreche Ihnen, dass wir alle unser Bestes geben werden, die Herausforderungen, vor denen die Saale-Kreise stehen, zu bewältigen und Politik zum Wohle der Bürger zu gestalten.

Wofür steht eigentlich BSW?

In alle Richtungen offen, nur nicht für echte Veränderung

Ja, ich weiß: „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Aber für welche Inhalte steht BSW? Das ist schon schwieriger und BSW tut alles, um uns im Unklaren zu lassen. Schauen Sie auf die BSW-Wahlplakate oder in das BSW-Landtagswahlprogramm. Sehen Sie da originelle Inhalte?

Wir Bundestagsabgeordneten haben da unsere eigenen schrägen Erfahrungen

gemacht. Denn im Bundestag gibt es seit Anfang des Jahres eine „Gruppe“ BSW mit 10 Abgeordneten, die sich von den Linken abgespalten haben.

Am 16. Mai dieses Jahres hatten wir wieder ein Erlebnis der besonderen Art mit BSW. Im Bundestag wurde der WHO-Pandemievertrag debattiert. Sie wissen schon, der internationale Vertrag, der einer nicht demokratisch legitimierten, größtenteils privat

finanzierten Organisation die Entscheidungsbefugnis überträgt, wann es in Deutschland eine Impfpflicht oder Lockdowns geben soll. Auftritt Andrej Hunko (BSW): Er hält eine AfD-Rede. Ein paar Minuten später dann die namentliche Abstimmung, von der AfD beantragt, damit Sie, liebe Bürger, im Internet nachsehen können, ob Ihr Abgeordneter eine Impfpflicht zukünftig einer dubiosen Or-

ganisation überlassen will. Die AfD stimmt natürlich geschlossen dagegen? Und wie steht BSW dazu? Wir wissen es nicht, denn die BSWler, die gerade noch im Sitzungssaal waren, gehen nicht zur Abstimmung. Nicht „Ja“, nicht „Nein, nicht „Enthaltung“ – gar nichts. BSW lässt uns nicht wissen, wie die Position zum WHO-Pandemievertrag ist.

Und das hat System. Es gibt ungezählte Abstimmungen, bei denen keiner der 10 BSW-Vertreter im Saal sitzt und die Hand hebt. Sie wollen sich nicht festlegen und sich damit alle (Koalitions-)Optionen offenhalten.

Aus den Äußerungen von Wagenknecht wissen wir zumindest so viel: Wer BSW



BSW lässt uns nicht wissen, welche Position es bezieht. Das klingt gewaltig nach Ärger.

wählt, bekommt die Linke, oder die CDU, oder die Grünen oder die SPD, oder, oder in die Regierung. Alles ist möglich, außer natürlich die blaue Alternative.

Insofern ist BSW die jüngste Altpartei. Die Linke ist unfähig, sich von innen heraus zu

modernisieren, deshalb gibt's nun die Abspaltung BSW als Testballon – Copyright: Oskar Lafontaine. Wer eine andere Politik haben möchte, der muss die Partei wählen, welche die Regierenden am härtesten bekämpfen. Das ist nicht BSW.

Gesetzlosigkeit auf Deutschlands Straßen

In den großen Städten ist die Zahl der Raubüberfälle auf offener Straße von 2019 bis 2023 rasant angestiegen. Berlin + 29,5 % (3.210), Hamburg + 36,6 % (1.137), Frankfurt + 45,3 % (744), Hannover + 166 % (503). Ähnliche Zuwächse gelten

für praktisch alle Großstädte. Mit anderen Worten: in Berlin geschehen jeden Tag im Schnitt fast 9 Straßenüberfälle, in Hamburg mehr als 3 und in Frankfurt 2. Vergewaltigungen und Schlägereien oder Messerstechereien sind dabei nicht mitgerechnet.

Diese Zahlen machen Angst. Dass der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger dabei überdurchschnittlich hoch ist, hört man in der Regierung nicht gerne und wer es offen ausspricht, macht sich verdächtig. Dass auch von denen mit deutschem Pass ein hoher

Prozentsatz einen Migrationshintergrund hat, gilt geradezu als unsagbar. Dennoch dürfen wir dazu nicht schweigen. Unsere Großstädte degenerieren in atemberaubendem Tempo zu Zonen der Gesetzlosigkeit und Gewalt und es ist nur eine Frage der Zeit, bis uns diese Entwicklung auch im ländlichen Raum einholt. Doch die Innenministerin und der

Kanzler weigern sich beharrlich, etwas dagegen zu unternehmen. Stattdessen wird unser Land weiter mit Zuwanderern geflutet. Und ja, natürlich gibt es auch reichlich Straftäter mit deutschen Wurzeln, und mit denen haben wir bereits mehr als genug Probleme. Darum ist es entweder Wahnsinn oder die mutwillige Zerstörung unse-

rer Gesellschaft, die Kriminalität durch unkontrollierte Migration weiter anzuhetzen. Hören Sie auf, darauf zu vertrauen, dass diejenigen, die dieses Drama verursacht haben, irgendetwas daran ändern werden. Allein die Alternative für Deutschland ist wirklich entschlossen und in der Lage, die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherzustellen.

DER OSTEN MACHTS! Meinungsfreiheit statt Sprechverbote

MIT SÖRGE SEHE ICH, DASS DER MEINUNGSKORRIDOR IN DIESEM LAND IMMER WEITER ENGEENGT WIRD. AUS VIELEN GESPRÄCHEN WEISS ICH, DASS IMMER MEHR MENSCHEN ANGST HABEN, IHRE MEINUNG OFFEN ZU SAGEN. DIE FÜRCHT VOR REPRESSALIEN IM PRIVATEN ODER BERUFlichen BEREICH IST LEIDER NUR ALLZU BE-RECHTIGT: THEMEN WIE DIE AUS DEM RUDER LAUFENDE MIGRATION, DIE PLANLOSE INKLUSION AN SCHULEN ODER AUCH DIE KRITIK AN DEN CORONA-MASSNAHMEN SOLLTEN – WENN ES NACH DEN ALT-PARTEIEN GEHT – MÖGLICHEST NICHT MEHR GEAUSSERT WERDEN.

UNLIEBSAME MEINUNGEN ODER ANSICHTEN WERDEN NUR ALLZU GERN IN DIE RECHTE ECKE GESTELLT UND DAMIT HALT MAN SIE AUS DEM ÖFFENTLICHEN DISKURS WEITER-GEHEND HERAUS. MEIN WICHTIGSTES ANLIEGEN IST, DASS WIR IN DIESEM LAND WIEDER EINS ERREICHEN: MEINUNGSFREIHEIT!

ICH REDE MIT JEDEM, ICH HÖRE JEDEM ZU UND EIN ANLIEGEN WIRD NICHT WENIGER WICHTIG. NUR WEIL MIR DER ÜBERBRINGER NICHT GEFÄLLT ALS INGENIEUR BIN ICH PRAKTISCH VERANLAGT UND STREITE IMMER FÜR DIE BESTE LÖSUNG. DIES OHNE SCHEUKLAPPEN IM KOPF, OHNE PARTEIPOLITISCHE SPIELCHEN ODER BRANDMAUERN, SONDERN EINZIG IM INTERESSE DER BÜRGER. DENN IHNEN BIN ICH VERPFLICHTET! DER SOUVERÄN IST UND BLEIBT DER BÜRGER, AUCH WENN VIELE POLITIKER DER ALTPARTEIEN DIES GERNE VERGESSEN!

DENNY JANKOWSKI
Landtagskandidat für den Saale-Holzland-Kreis | AfD

Unterstützen Sie meine Arbeit!

Wir können jede helfende Hand gebrauchen! Egal ob Flugblätter austragen, Stände betreuen, Plakate aufhängen: Wir sind für jede Hilfe dankbar!

So können Sie mit einer Spende unterstützen:

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE 42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEFJ33
Zweck: Wahlkampf Michael Kaufmann

www.kaufmann-michael.de
michael.kaufmann@bundestag.de
[@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

[1.me/KaufmannAfD](https://www.facebook.com/1.me/KaufmannAfD)
[@KaufmannAfD](https://www.youtube.com/channel/UC...)

AfD

Schmiede
Erfurter Straße 43
07407 Rudolstadt-Schaala
Handwerk mit Tradition

Schaala
Klaus Petzoldt
Tel. 03672 412732 Mobil 0170 4322329
Fax 03672 488135 schmiede-schaala@online.de

Schmiede- u. Schlosserarbeiten, Stahlbau, Balkonanlagen, Geländer, Zäune, Türen, Treppen, sämtliche Schweißarbeiten

Thüringen wählt - Die Kandidaten für die Landtagswahl aus den Saalekreisen

DER OSTEN MACHTS!

DENIS HÄUBER AfD

DENNY JANKOWSKI AfD
LÄNDLICHEN BÄHM! NICHT LÄNDER ABHÄNGIG!

ELISABETH MENGEL-STÄHLE AfD
VERDIENT STATT IDEOLOGIE!

RINGO MÜHLMANN AfD

THOMAS BENNINGHAUS AfD
ALLES FÜR THÜRINGEN

WIEBKE MUHSAL AfD

BRUNHILDE NAUER AfD

TIM BEUTLER AfD
NATUR SCHÜTZEN. HEIMAT BEWAHREN.

UWE THRUM AfD
STARK FÜR DIE HEIMAT

MICHAEL KAUFMANN

Ihr Bundestags-abgeordneter stellt sich vor



Einige Leser haben mich gebeten, ein Update meiner biographischen Daten abzudrucken. Diesem Wunsch komme ich gern nach:

Geboren wurde ich 1964 in Gera, bin verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder.

Auf die Lehre als Gas- und Wärmenetzmonteur mit Abitur in Gera folgte das Studium der Energietechnik an

der TU Bergakademie Freiberg in Sachsen. Als Ingenieur war ich für einige Jahre in der Industrie und als Geschäftsführer einer GmbH tätig. In die Wissenschaft kehrte ich zurück mit Promotion und Habilitation am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Fakultät für Maschinenbau. 2010 wurde ich zum Professor für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik an den

Fachbereich Maschinenbau der Ernst-Abbe-Hochschule Jena berufen.

2013 wurde ich politisch tätig, weil die Entwicklung unseres Landes anfang, mir große Sorgen zu bereiten und habe den Landesverband der AfD Thüringen mitbegründet.

2019 wurde ich Mitglied des Thüringer Landtags und war Sprecher für Energie, Wissenschaft und Digitalisierung

der AfD-Fraktion. Von 2020 bis 2021 war ich Vizepräsident des Thüringer Landtags. 2021 wechselte ich vom Thüringer Landtag in den Deutschen Bundestag, bin Forschungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss.

Seit Juli 2024 bin ich zudem stellv. Mitglied im Untersuchungsausschuss „Atomausstieg“. Seit 2024 bin ich Abgeordneter im Kreistag Saalfeld/Rudolstadt.

Hobbys? Wenn es die Zeit erlaubt, begeben wir uns mit meinem Reitverein und genieße vom Pferderücken die Thüringer Landschaft.

Feiern und Tagen
Schloß Weissenburg

Wir laden Sie ein den Genuss unserer umfassenden Angebote mit familiärer Gastlichkeit zu erfahren.
Herzlichst begrüßt Familie Bernhardt

www.schlossweissenburg.com
Weißen 3 - 07407 Uhlstädt-Kirchhasel Tel.: 03674 2671805

Alle Schmutzkampagnen konnten es nicht verhindern; die Europawahl war ein Siegeszug für die AfD – und eine bittere Schlappe für die Ampel. In den ostdeutschen Bundesländern wurden wir in fast jedem Wahlkreis stärkste Kraft.

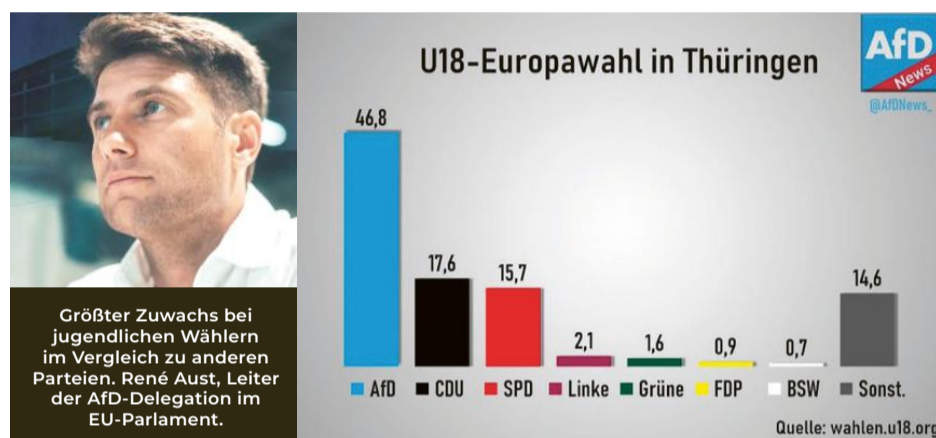
Das mediale Establishment bekam daraufhin Schnappatmung und schimpfte einmal mehr über die doofen Ossis, die angeblich die Demokratie nicht verstanden hätten. Dabei übersah man, dass Ostdeutschland ziemlich genau so gewählt hat, wie der Rest von Europa. Es scheint, dass vielmehr der bundesdeutsche Westen die Zeichen der Zeit

Triumph für die AfD bei der Europawahl

Auch und gerade bei der jungen Generation

noch immer nicht erkannt hat und fest im Bann der Deutschlandzerstörer bleibt. Aber auch das wird sich noch ändern. Das Ergebnis ist Rückenwind für unsere nun viel stärkere AfD-Abordnung im EU-Parlament unter der Leitung meines Thüringer Kol-

legen René Aust. Besonders erfreulich war der enorme Zuspruch für die Alternative bei den jungen Wählern. Keine andere Partei hatte auch nur annähernd einen so großen Stimmenzuwachs bei den 16-24-Jährigen wie wir Blaue. Eine Art Testwahl von



unter 18-Jährigen Ende Mai brachte für die AfD in Thüringen gar ein Rekordergebnis von 46,7 Prozent. Diese Jugend macht uns Mut, dass es um die Zukunft Deutschlands

vielleicht doch gar nicht so schlecht bestellt ist. Wir sehen das als Auftrag, uns weiter mit ganzer Kraft für eine lebenswerte Zukunft auch kommender Generationen einzusetzen.

„Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.“
Abraham Lincoln

Steuerrabatt nur für Einwanderer Eine offene Verhöhnung der Bürger

Anfang Juli verkündete die Ampelkoalition in letzter Minute eine Einigung im Haushaltsstreit. Teil des Pakets, mit dem wohl vor allem die Grünen ruhiggestellt werden sollen, ist der Plan, zugewanderten Fachkräften in den ersten drei Jahren einen erheblichen Nachlass bei der Einkommensteuer zu gewähren. Konkret geht es um 30 Prozent im 1. Jahr, 20 Prozent im 2. Jahr und 10 Prozent im 3. Jahr. Was für ein Schlag ins Gesicht der

hart arbeitenden Menschen, die – auch aufgrund der viel zu hohen Abgabenlast – oft nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Lohn auskommen sollen. Eine Regierung, die derart die eigenen Bürger verhöhnt, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Wenn Lindner denkt, nur mit so einem Rabatt genügend Fachkräfte anlocken zu können, gesteht er damit gleichzeitig ein, dass die Steuersätze in Deutschland viel zu hoch sind. Und

dann wäre es die erste Pflicht einer deutschen Regierung, zunächst einmal die Abgabenlast für die eigenen Bürger herunterzuschrauben.

Mit der AfD in der Regierung, wird es so einen Migrantenrabatt jedenfalls nicht geben. Stattdessen werden wir die Abgaben für alle – Einheimische wie Zugewanderte – deutlich senken, indem wir rigoros überflüssige Ausgaben zusammenstreichen.

Abschied von Deutschland Auf die deutsch-estnische Freundschaft

Das Internationale Parlamentsstipendium (IPS) richtet sich an junge Hochschulabsolventen und angehende Führungskräfte und umfasst u. a. ein Praktikum im Büro eines Bundestagsabgeordneten. Mit meinem Büro habe ich die Betreuung von Roman Kasak aus Estland übernommen. Sein Praktikum endete am 5. Juli.

Herr Kasak, lieber Roman, wir alle haben die Zusammenarbeit mit Dir/Ihnen als ausgesprochen bereichernd empfunden und finden es schade,

dass die Zeit so schnell vorbeiging. Aber zum Abschied lassen wir dich/Sie lieber selbst zu Wort kommen.

„Ich muss schon sagen, das Praktikum war ziemlich intensiv. Neben der täglichen Arbeit im Büro, konnten ich bei vielen verschiedenen Veranstaltungen dabei sein (z. B. Treffen im Arbeitskreis, Beobachtung und Analyse der Ausschüsse und Begegnungen mit anderen Abgeordneten).“

Da wir Stipendiaten uns die Büros nicht aussuchen können, muss ich sagen, dass

ich mit dem Büro Kaufmann richtig Glück gehabt habe. Das liegt vor Allem an dem Vertrauen, das zwischen mir und den anderen Mitarbeitern gewachsen ist und an den durchaus anspruchsvollen Aufgaben, die ich übernehmen konnte. So konnte ich zum Beispiel einige mündliche und schriftliche Fragen an die Bundesregierung vorbereiten und an der Gestaltung einer Kleinen Anfrage mitwirken. Darauf bin ich wirklich stolz und viele andere Stipendiaten waren



überrascht, welche spannenden Aufgaben mir übertragen wurden. Einer der Höhepunkte meiner Praktikumszeit war der Besuch in Thüringen. Die Region ist unglaublich schön und ich wusste gar nicht, dass es in Deutschland so viel Grün

gibt. Der Besuch in Sonneberg am Tag der Kommunalwahlen, gab mir die beste Gelegenheit die deutsche Demokratie in Aktion zu sehen. Später hatte ich dann das Vergnügen Bürger aus dem Wahlkreis in Thüringen während einer

Bundespressefahrt kennenzulernen. Das Programm war äußerst abwechslungsreich; von einer Schifffahrt auf der Spree bis zu einer angeregten Diskussion im Auswärtigem Amt war alles dabei.

Eine besondere Freude war es für mich, als Professor Kaufmann mich zu Beginn seiner Rede im Plenum auf der Besuchertribüne sah und zunächst einen Gruß an die „Zuschauer aus Estland“ zu mir heraufschickte. Das war mir eine große Ehre und ich empfand es als Ausdruck des Respekts zwischen Deutschland und Estland. Insgesamt bin ich mit meiner Zeit im Büro Kaufmann sehr zufrieden und nehme viele gute Eindrücke mit zurück nach Estland.

Unsere 10 Thesen

Landtagswahl 2024

DER OSTEN MACHTS!



1. Ein Land, in dem Wahlen auf Druck von oben rückgängig gemacht, Neuwahlversprechen aus Angst vor dem Wahlausgang gebrochen werden und die friedliche Opposition durch den Geheimdienst verfolgt wird, ist nicht demokratisch.

2. Die Meinungsfreiheit muss auch oppositionelle Überzeugungen wieder effektiv schützen!

3. Die Finanzierung des Verfassungsschutzes werden wir beenden und den Inlandsgeheimdienst abschaffen.

4. Die staatlich geförderte illegale Einwanderung muss durch Beschränkung des Zugangs zu unserem Sozialsystem und eine konsequente Durchsetzung des Ausländerrechts beendet werden.

5. Unser familienpolitisches Ideal ist die Familie aus Mutter, Vater und Kindern.

6. Eine weitere Globalisierung lehnen wir genauso ab, wie die für Thüringen schädlichen Russlandsanktionen.

7. Polizei und Justiz müssen personell, materiell und organisatorisch so aufgestellt werden, dass Thüringen wieder den Sicherheitsstandard erreicht, den wir jahrzehntlang gewohnt waren!

8. Die Thüringer Schulbildung braucht weniger Ideologie, mehr Rückbesinnung auf erfolgreiche Konzepte der Wissensvermittlung in der DDR, mehr Lehrer und die konsequente Durchsetzung des Schulfriedens.

9. Wir wollen unsere Bürger auf höchstem Niveau gegen Krankheit, Armut sowie Arbeitslosigkeit absichern und Chancengleichheit gewährleisten. Um dies zu erreichen, darf Ausländern erst dann ein Zugang zum Sozialsystem gewährt werden, wenn sie dieses mitfinanzieren.

10. Den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen erreicht man nicht, in dem man gegen den Klimawandel hüpf, Windkraftanlagen in Wälder baut oder neue Steuern erfindet. Dem stellen wir uns entschieden entgegen!

CDU und Linksextreme Hand in Hand

Gewalt und Jagdszenen am Rande des AfD-Bundesparteitags



Essens CDU-Oberbürgermeister Thomas Kufen.

Am 29. und 30. Juni fand der AfD-Bundesparteitag in Essen statt. Doch ein Bündnis aus CDU und Linksextremen versuchte, das mit Gewalt und rechtswidrigen Mitteln zu verhindern.

Es begann damit, dass der CDU-Oberbürgermeister, Thomas Kufen, uns untersagen wollte, die Grugahalle zu nutzen. Eine Halle, die zuvor bereits an alle möglichen anderen Parteien, einschließlich der DKP und den Grauen Wölfen, vermietet worden war. Erst ein Gerichtsbeschluss zwang den Essener OB, sich an Recht und Gesetz zu halten. Anschließend wurde in einer beispiellosen Hetzkampagne gegen uns mobilisiert. Tausende wurden am Samstag mit Bussen nach Essen gefahren und mit Unterhaltungsprogramm angelockt. Doch den Demonstranten ging es von Anfang an nicht um friedlichen Protest. In den Straßen um die Gru-

gahalle spielten sich wahre Hetzjagden ab. Delegierte und Gäste des Parteitags wurden von selbsternannten Bürgerwehren blockiert und gejagt. Zugleich lieferte sich der von CDU-Oberbürgermeister Kufen und NRW-Ministerpräsident Wüst (CDU) unterstützte und angeheizte linke Block heftige Kämpfe mit der Polizei. Das Ergebnis: 28 verletzte Polizisten, davon mindestens zwei schwer.

Und dann am Sonntag? Nichts mehr. Völlige Ruhe. Das beweist, sobald die Einpeitscher verschwinden, stört es die meisten Menschen absolut nicht, wenn wir einen Parteitag abhalten. Es ist eben keine Graswurzelbewegung, wie oft behauptet wird, sondern zentral gesteuert. Protest im Sinne der Regierung.

Und obwohl auch Journalisten von der Drangsalierung durch linksextreme Schlägertrupps, die im Stile der SA durch die Straßen zogen, be-

troffen waren, berichteten im Anschluss nur wenige Medien kritisch über Demogewalt und Jagdszenen. Einmal mehr vorbildlich und objektiv die NZZ: „Wer einen politischen Kontrahenten in maßloser und geschichtsblinder Weise als das ultimativ Böse darstellt, der schürt die Gewalt förmlich.“ Und weiter: „Der gewalttätige Protest gegen den AfD-Parteitag ist kein Anlass zur Freude, sondern ein Armutszeugnis für die deutsche Demokratie.“

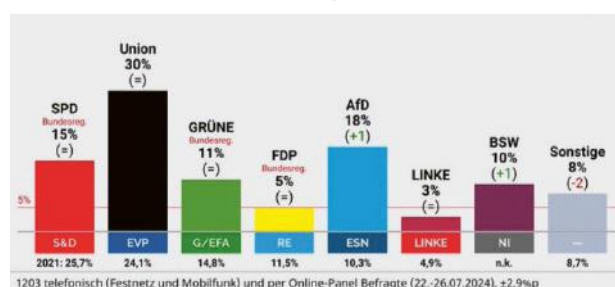
Dass letztlich niemand von uns ernsthaft zu Schaden kam, ist nur der professionellen Arbeit der Polizei zu verdanken. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Am Ende musste uns aber selbst die Mainstreampresse bescheinigen, „die AfD hielt einen professionellen Parteitag ab“. Und das werden wir auch weiterhin tun, allen Widerständen zum Trotz. Wir dürfen den Feinden von Freiheit und Demokratie keinen Fußbreit nachgeben.

Trotz aller Kampagnen Die AfD bleibt stark

Bundesweite Umfragewerte von 22 Prozent für die AfD haben dem Kartell der Mächtigen aus Politik und Medien Angst gemacht. Und so wurde vor der Europawahl eine konzertierte Schmutzkampagne gegen uns gefahren. Verleumdungen, persönliche Angriffe und Skandale, die keine waren, sollten die Alternative aus dem Rennen werfen. Doch das hat nicht funktioniert. Dank unserer Wähler, die inzwischen sehr genau verstehen, wie das Spiel läuft und

wissen, dass Kampagnen der Mainstreammedien den gleichen Wahrheitsgehalt haben, wie das tägliche Horoskop. Und so steht die AfD inzwischen in ersten Umfragen wie-

der bei 18 Prozent bundesweit. In den östlichen Bundesländern sind wir ohnehin überall stärkste Kraft. Das macht Mut für die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. In allen drei Bundesländern treten wir mit dem Anspruch an, die nächste Regierung zu stellen. Mit Ihrer Unterstützung kann es gelingen. Danke für Ihr Vertrauen.



Wirtschaft und Politik im Gespräch

Dialog mit Unternehmern auf dem Hohenwarte-Stausee war ein voller Erfolg

Vor der atemberaubenden Kulisse einer der schönsten Regionen Thüringens lud die Landesgruppe Thüringen der AfD-Bundestagsfraktion am 10. Juli Unternehmer aus der Region zu einer Rundfahrt auf dem Stausee Hohenwarte ein.

Mein Kollege Stephan Brandner und ich wollten denen, die tagtäglich mit ihrer Leistung als Unternehmer die Wirtschaft in Südostthüringen am Laufen halten, unsere Anerkennung zollen und im direkten Gespräch herausfinden, welche

Sorgen die Unternehmen und welche Lösungsansätze dort gesehen werden. Verstärkung bekamen wir von unseren MdB-Kollegen Karsten Hilse und Steffen Janich aus Sachsen, Martin Reichardt aus Sachsen-Anhalt, sowie Landrat Robert Sesselmann aus Sonneberg.

Ein wenig Sorgen bereitete uns der anhaltende Regen vor Beginn der Veranstaltung. Doch pünktlich zum Ablegen riss der Himmel auf und die muntere Gesellschaft konnte sich, wie geplant, auch auf dem Freideck versammeln. Es

entspann sich reger Austausch und neue Kontakte wurden geknüpft. Für uns Abgeordnete gab es viele Anregungen für die Arbeit im Bundestag.

Die Veranstaltung war in den Augen aller Teilnehmer ein voller Erfolg und ein tolles Erlebnis. Das ermutigt uns, für die Zukunft weitere, eher ungewöhnliche Formate der Begegnung ins Auge zu fassen. Vernetzung und gemeinsames Handeln aller, die für eine Politikwende in unserem Land eintreten, ist in diesen Tagen wichtiger denn je.

Saalfeld ist Blau

Großer Andrang beim Familienfest der AfD



Am 27. Juli lud die AfD zum Familienfest auf dem Marktplatz in Saalfeld ein. Bei strahlendem Sonnenschein folgten über 600 Menschen dieser Einladung. Björn Höcke, Michael Kaufmann und die Landtagskandidaten Thomas Benninghaus und Denis Häußler fanden mit ihren politischen Forderungen überwältigende

Zustimmung. Die Bürger in Saalfeld und Umgebung haben die Nase voll von einer Regierung, die im rasenden Tempo unser Land vor die Wand fährt.

Gäste aus der Politik: Björn Höcke, Michael Kaufmann und die Landtagskandidaten Thomas Benninghaus und Denis Häußler



Sommertour 2024



UNTERWEGS IN
DEN SAALEKREISEN

21.08. - 31.08.

TOURDATEN

Infostand · Vorteilaktion

21. August

- Crossen (11.00-12.00)
- 📍 Schkölen (12.30-13.30)
- 📍 Frauenprießnitz (14.00-14.30)
- Camburg (15.00-16.30)
- 📍 Dorndorf/Steudnitz (17.00-17.30)
- Bad Klosterlausnitz (18.00-19.00)

22. August

- Hermsdorf (10.00-11.30)
- 📍 Schöngleina, Schlöben (12.00-13.00)
- Stadtroda (13.30-14.30)
- Kahla (15.00-16.00)
- Neustadt (16.30-18.00)

24. August

- Remda/Teichel (6.00-8.00)
- Uhlstädt (9.00-10.00)
- Rudolstadt (11.00-13.00)
- Bad Blankenburg (14.00-16.00)

26. August

- Schwarzburg (11.00-12.00)
- Sitzendorf (12.30-13.30)
- 📍 Unter-/Oberweißbach/Deesbach (14.00-16.00)
- Cursdorf (16.30-17.30)
- Katzhütte (18.00-19.30)

27. August

- Saalfeld (11.00-12.30)
- 📍 Reichmannsdorf (13.00-14.00)
- Schmiedefeld (14.30-15.30)
- Gräfenthal (16.00-17.00)
- Probstzella (17.30-18.30)
- Lehesten (19.00-20.00)

29. August

- 📍 Paska/Ziegenrück/Eßbach/Remptendorf (11.00-13.30)
- Saalburg (14.00-15.30)
- Wurzbach (17.00-18.00)
- 📍 Birkenhügel (18.30-19.30)

30. August

- 📍 Freienorla/Bibra/Gumperda/Reinstädt/Drössnitz (11.00-15.00)
- Milda (15.30-16.30)
- Bürgel (17.30-18.30)

31. August

- Rudolstadt (9.00-10.00)
- Kaulsdorf (11.30-12.30)
- 📍 Lothramühle/Reitzengeschwenda/Drognitz (13.30-15.30)
- Altenbeuthen (16.00-18.00)
- Abschluss-

Info unter: 0157 535 94 614
kontakt@kaufmann-michael.de

Die gesamten Sommerferien finden Sie auf unserer Website.



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros

Kahla
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 0176-55777160
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pößneck
Breite Straße 32
Tel.: 03671 5 232348
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 232348
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Darüber hinaus sind auch Termine nach Vereinbarung möglich!

Besuchen Sie mich auch im Netz!

- 📘 www.facebook.com/afdkaufmann
- 🐦 www.twitter.com/kaufmannafd
- 📷 www.instagram.com/kaufmannafd
- 📺 www.youtube.com/@prof.dr.michaelkaufmannmb830
- 📌 t.me/kaufmannafd
- 🎵 www.tiktok.com/@kaufmannm

DANKE

für Ihr Vertrauen!

Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann
MdB Abgeordneter im Bundestag für den Wahlkreis 195

IMPRESSUM

Die nächste Kaufmann aktuell erscheint im November 2024. Auflage 40.000 Exemplare. Für Leserbriefe oder Anzeigen wenden Sie sich bitte an Falko Graf unter: 0157-53594614 oder kontakt@kaufmann-michael.de V.i.S.d.P. und Kontakt: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, MdB Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1 - 11011 Berlin, Tel.: +49 (0)30 227 73557 Fax: +49 (0)30 227 23 73557, E-Mail: michael.kaufmann@bundestag.de - Redaktion: Ingo Schreurs - Herausgeber: MeinBlaues, Inh. Melanie Berger, Albersdorf 28 - 07980 Berga/Elster; Bildnachweise: shutterstock.com